



Haushaltsrede 2010 der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rietberg

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst einmal möchte ich mich im Namen der FDP-Fraktion beim Kämmerer und der Verwaltung für den solide ausgearbeiteten Haushaltsentwurf bedanken und möchte hier nochmals ausdrücklich darauf hinweisen, dass wir als FDP-Fraktion ihren Einsatz sehr zu schätzen wissen, denn ohne die Verwaltung wären wir alle nicht in der Lage unsere Aufgaben als Ratsvertreter wahrzunehmen.

Ich möchte nicht weiter auf die hinlänglich bekannte Finanzmisere eingehen, da uns die Fakten allen ausreichend bekannt sind. Vielmehr möchte ich darauf eingehen wie wir als Rat mit der Lösung dieser Probleme umgegangen sind. In der sogenannten Haushaltskommission wurden zunächst die möglichen Sparpotentiale innerhalb der freiwilligen Ausgaben ausgemacht. Dann wurde abgewogen was als realisierbar und zumutbar eingestuft werden konnte und es bestand auch relativ schnell Konsens darüber was angepackt werden soll und was nicht. Einige von der FDP-Fraktion vorgeschlagene Einsparungen und Kürzungsansätze wurden mehrheitlich abgelehnt. Diesem Mehrheitsvotum haben wir uns gefügt.

Bis auf den Vorschlag zur Erhöhung der Gewerbesteuer und Anhebung der Grundsteuer B, denen wir sofort und offen eine Absage erteilt haben, konnte man keine Widerstände gegen die übrigen Maßnahmen erkennen. Bis dahin gingen wir davon aus, dass Absprachen und Verhandlungen etwas zählen. Wie ja nun bekannt ist haben wir uns gründlich getäuscht.

Als der Druck der Sportvereine gegen die gemeinsam beschlossenen Einsparungen dann unverhofft groß wurde, nutzten einige Kollegen diese Umstand, um eine Kehrtwende zu vollziehen und damit den politischen Gegner auf die Seite der vermeintlich „Bösen“ zu manövrieren und sich selber als Retter aller Sportler

darzustellen. Wir fragen uns, ob dies der Weg für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit ist ?

Sicherlich hätten auch wir uns reißerisch zu unseren abgelehnten Vorschlägen äußern können und die ein oder andere Pressekampagne starten können. Dies haben wir bewusst unterlassen, denn aus der Sicht der FDP-Fraktion taugen derartige Themen nicht um Populismus zu betreiben. Auch zum Thema LGS-Zuschüsse haben wir bewusst darauf verzichtet über die Presse Verlautbarungen vorzunehmen, um die aus unserer Sicht schädliche Diskussion nicht noch weiter anzuheizen. Wir hätten uns gewünscht dieses Thema wäre im Vorfeld ausführlich in den Gremien besprochen worden, in denen es unserer Meinung nach zu diskutieren ist, nämlich in den Ausschüssen. Die Auffassung man wolle etwas vor den Bürgern verbergen nur weil man nicht alles sofort in die Öffentlichkeit trägt können wir nicht teilen. Man muss nicht jeden Antrag über die Presse einbringen und es muss auch nicht ständig über die Presse Druck ausgeübt werden. Ich gebe an dieser Stelle noch einmal zu bedenken, dass die Bürger uns als ihre gewählten Vertreter damit beauftragt haben ihre Interessen wahrzunehmen, dieses sollten wir selbstverständlich auch öffentlich tun, aber bitte erst nach sorgfältiger Vorberatung. Wir als FDP-Fraktion stehen sachlichen Vorschlägen und Diskussionen stets offen gegenüber und sind im Gegensatz zu manch anderer Fraktion auch unvoreingenommen gegenüber den politischen Gegenspielern.

Herr Bürgermeister,

Meine Damen und Herren,

wir freuen uns, dass fraktionsübergreifend Einheit darüber bestand keine Kürzungen im Bereich Bildung vorzunehmen. Wir alle haben inzwischen realisiert wie wichtig Bildung für die Zukunft unseres Landes ist. Lassen Sie uns auch in den nächsten Jahren dafür Sorge tragen, dass dies so bleib.

Allen Bürger die durch von uns beschlossenen Einsparungen betroffen sind möchten wir sagen, dass es uns nicht leichtgefallen ist manch schmerzhaft Kürzung durchzuführen aber angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage blieb uns schlechterdings keine andere Wahl. Da es bislang nicht den Anschein hat, dass sich die Krise merklich verbessern wird, werden wir wohl auch in Zukunft damit rechnen müssen weitere Einsparungen vorzunehmen. Es wird wahrscheinlich auch dazukommen, dass wir alle von Leistungen Abschied nehmen müssen die wir in der Vergangenheit als allzu selbstverständlich betrachtet haben.

Abschließend möchte wir als FDP-Fraktion doch noch etwas zum Thema Steuererhöhung sagen. Leider konnten wir uns nicht ansatzweise damit durchsetzen in Zeiten der Krise auf die Erhöhung der Gewerbesteuer und Anhebung der Grundsteuer B zu verzichten.

Aus unserer Sicht sind die Erhöhungen die gleich beschlossen werden sollen schlichtweg falsch und auch nicht schadlos.

Ich möchte dies auch begründen:

Herr Bürgermeister,

Meine Damen und Herren,

laut Prüfbericht der GPA lag das durch die Rietberger Betriebe erwirtschaftete Gewerbesteueraufkommen des Jahres 2006 in Höhe von 425€ je Einwohner, erheblich über dem Niveau von 311€ in vergleichbarer Kommunen. Das wird nun auch noch durch höhere Steuern belohnt.

Die vorgeschlagene Erhöhung scheint vergleichsweise gering, beläuft sich laut Aussage der IHK jedoch auf eine Erhöhung der Gesamtsteuerbelastung von ca.0,5% .

Aus einer Statistik von ProWirtschaftGT geht hervor, dass Rietberg den bislang viertniedrigsten Hebesatz im Kreis Gütersloh hat.

Nur Verl , SchloßHolte-Stukenbrock und Harsewinkel liegen unter unserem Hebesatz von 375 Punkten.

Lediglich Gütersloh hat in diesem Jahr den Gewerbesteuersatz von 380 auf 403 angehoben, alle anderen Kommunen haben wohlweislich auf eine Anhebung verzichtet denn setzt man die Höhe der Hebesätze mit der Anzahl der verarbeitenden Betriebe, mit mehr als 20 Beschäftigten, in Beziehung so ist erkennbar, dass in den Gemeinden mit niedrigerem Hebesatz die Anzahl der Betriebe seit dem Jahr 2000 bis zum Jahr 2008 angestiegen ist .

Harsewinkel +5 , Steinhagen +1, Verl +3

Wohingegen in Rietberg die Zahl der Betriebe um 6 abgenommen hat !

Das schlägt sich auch in der Beschäftigtenzahl nieder :

SHS + 416 , Harsewinkel +1206 , Verl +1604

Wohingegen in Rietberg die Zahl um 205 abgenommen hat !

Setzt man nun die Höhe der Hebesätze mit der Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Beziehung so stellt sich folgendes Bild dar :

SHS +161 , Harsewinkel +803 , Verl +2048

Wohingegen in Rietberg die Anzahl der versicherungspflichtigen Beschäftigten um 702 abgenommen hat.

Ganz gravierend ist es, dass Rietberg im Bereich der Langzeitarbeitslosen trauriges Schlusslicht ist.

Die Quote beträgt 26,5 % was auf tiefgreifende strukturelle Probleme am Arbeitsmarkt schließen lässt und sich in einem nicht unerheblichen Maß auf die Höhe der Aufwendungen im Transferbereich auswirkt.

Diese Vergleiche erheben keinen Anspruch darauf, dass sie wirklich statistisch in Bezug zueinander gebracht werden können, jedoch machen sie aus unserer Sicht deutlich, dass es anscheinend sehr wohl einen Zusammenhang gibt wie sich die

Höhe der Gewerbesteuerhebesätze auf die Anzahl der Betriebe und damit auch auf die Anzahl der Beschäftigten auswirkt.

Aus der Sicht der FDP-Fraktion wäre es fatal den Hebesatz anzuheben, da schon der jetzige Stand so signifikante Nachteile mit sich bringt.

Gerade weil wir im unmittelbaren Wettbewerb zu Verl und zu dem Hebesatz von 340 stehen, würde sich unsere Situation noch weiter verschlechtern.

Herr Bürgermeister ,

Meine Damen und Herren,

schauen Sie nur einmal nach Langenberg, obwohl vergleichbar günstig an der B55 gelegen, herrscht in den Industriegebieten eine nicht zu übersehende Leere und die Politiker wundern sich, dass sich niemand ansiedeln möchte.

Ich denke die Ursache liegt auf der Hand ...der Hebesatz von 403 Punkten !

Sorgen Sie durch diese Steuererhöhung nicht dafür das es uns in Zukunft genau so geht ! Belassen Sie es bei dem jetzigen Steuersatz, damit wir auch in Zukunft weitere Gewerbeansiedlungen bekommen und so Arbeitsplätze und Steuereinnahmen schaffen. Für die meisten Gewerbetreibenden ist es kein Kriterium, dass wir die Stadt der schönen Giebel sind .Was zählt ist die Höhe der zu entrichtenden Steuern und Abgaben.

Aus unserer Sicht ist es ein Schlag ins Gesicht der ansässigen Unternehmen, die es in der Krise bis jetzt geschafft haben ihre Beschäftigten durch die Kurzarbeiterregelung in Lohn und Brot zu halten und das auch mit einem nicht unerheblichen Eigenkostenanteil.

Sicherlich ist es richtig , dass Unternehmen die keine Gewinne machen auch keine Steuern zahlen, jedoch möchte ich zu Bedenken geben, dass die zusätzlichen Steuern bei den Betrieben die noch welche erwirtschaften, für einen Abfluss liquider Mittel sorgen die gerade in so einer Krise benötigt werden um die Betriebe am leben zu halten und um neu zu investieren.

Auch möchte ich zum Thema Grundsteuer B kurz Stellung beziehen :

Wir empfinden es als zutiefst ungerecht, dass bei denjenigen Kasse gemacht werden soll die keine Möglichkeit haben sich dem zu entziehen, nämlich den Haus- und Grundbesitzern. Die Entwicklung der Grundstücks- und Immobilienpreise stehen unserer Meinung nach im krassen Widerspruch zur Erhöhung des Hebesatzes.

Ich zitiere den news.de-Redakteur Christian Mathea :

...Der Immobiliendienstleister Hypoport geht von einem Preisverfall von etwa neun Prozent im ersten Quartal dieses Jahres (2009) aus, insgesamt sollen die Preise um ein Fünftel seit Beginn der Krise zurückgegangen seien....

Sehr geehrter Herr Bürgermeister ,

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

anstatt die Steuern zu erhöhen hätten wir als FDP-Fraktion uns gewünscht die benötigten Mittel durch weitere und vielleicht auch einschneidendere Einsparungen zu generieren, dass war in der Haushaltskommission leider nicht durchzusetzen. Wir werden jedoch in Zukunft weitere Sparpotentiale aufzeigen und dort sparen wo es sinnvoll und angebracht ist. Diese Maßnahmen sollen allerdings auch Einsparungen sein und nicht nur Umschichtungen von irgendwelchen Mitteln. Wir sind uns sehr wohl bewusst, dass man sich durch Sparmaßnahmen keine Freunde macht, jedoch ist dies für uns alternativlos und unbedingt erforderlich. Wir werden dies nicht so reißerisch und populistisch tun wie manch andere Fraktion im Rat, denn wir sind überzeugt, dass nur ein offener und ehrlicher Umgang miteinander zu einem dauerhaften Erfolg führen kann.

Auch in Rietberg muss gelten: **Eigenverantwortung vor Staat !**

Es muss Schluss gemacht werden den Bürgern vorzugaukeln man könne jederzeit das Rundum-Sorglos-Paket in Anspruch nehmen. Die Bürger sind sehr wohl in der Lage zu erkennen was nötig ist und was nicht und sie sind auch bereit dies mitzutragen. Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rietberg lehnt die vorgeschlagenen Steuererhöhungen ab, da wir aber alle anderen Maßnahmen mit beraten und mitgetragen haben stimmen wir dem Haushalt 2010 dennoch zu.

Ich danke Ihnen für ihre Geduld und Aufmerksamkeit

Für die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rietberg

Harald Prill

Rietberg den 29.04.2010